

V1002/21

**Kriminalprävention beim Städtebau berücksichtigen**

**Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 11.03.2021**

**- Stellungnahme der Verwaltung**

**(Referentin: Frau Preßlein-Lehle)**

**Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 23.11.2021**

*Der Antrag der ödp-Stadtratsgruppe V0238/21 und der Antrag der Verwaltung V1002/21 werden gemeinsam behandelt.*

Stadtrat Over sagt, als Antragsteller könne er seine Enttäuschung über diese Beschlussvorlage und dem Umgang seines Antrages nur sehr schwer verbergen. Die ödp-Stadtratsgruppe habe eine Einrichtung eines ständigen Arbeitskreises in keiner Weise gefordert, stellt er klar. Seine Partei erwarte dies weder von der Polizei, noch von der Verwaltung der Stadt Ingolstadt. Dass die Polizei zu Sonderprojekten hinzugezogen werden soll, darüber sei er erfreut. Was die kriminalpräventiven Aspekte anbelange, ist er jedoch der Meinung, dass man damit unter dem Strich eine gute Chance verpasst habe. Zur Veranschaulichung bezieht sich Stadtrat Over auf die Stadt Augsburg, welche eine Checkliste als Arbeitsgrundlage zusammen mit dem Kriminalpräventiven Rat und hinzugezogenen Ämtern erstellt habe. Bei der Größe und Bedeutung der Bauvolumen sowie der Baugebiete die in Ingolstadt ausgewiesen werden könne er sich nicht vorstellen, dass Ingolstadt auf so eine Checkliste nicht angewiesen sei. Weiter kritisiert Stadtrat Over in der Vorlage den Hinweis, dass zu Präventionsarbeiten mehr gehöre als technische Prävention. Er vertritt ebenso die Meinung, dass Themen wie häusliche Gewalt, Jugendschutz und verhaltensorientierte Prävention in keine Beschlussvorlage gehören, welche sich mit baulicher Prävention beschäftige. Die ödp-Stadtratsgruppe werde künftig sehr genau prüfen, welche kriminalpräventiven Aspekte bei der Planung von Baugebieten, Schulen und Gebäuden für das öffentliche Leben angewandt werden. Auch weitere Aktivitäten der Stadt Augsburg, insbesondere das Projekt "Secure for all", werde man aufmerksam beobachten, untermauert Stadtrat Over.

Bürgermeisterin Kleine antwortet, sie könne die Sichtweise von Stadt Over nicht nachvollziehen.

Die Stadtratsgruppe DIE LINKE hätte es auch schön gefunden, wenn man mit einer Checkliste gearbeitet hätte, bedauert Stadtrat Pauling.

Abstimmung über die Vorlage der Verwaltung:

Gegen 1 Stimme (Stadtrat Pauling)

Entsprechend dem Antrag genehmigt.